

Es geht ums Überleben

Bildung Ohne Zuschüsse der Gemeinde droht der Ammerbucher Musikschule die Insolvenz. Doch auf einer Versammlung wollten Gemeinderäte Eltern und Mitgliedern keine Zusage geben. *Von Werner Bauknecht*

Es geht um 90 000 Euro. So hoch müsste der Zuschuss der Gemeinde sein, damit die Ammerbucher Musikschule das kommende Jahr überstehen kann. Doch auf eine Zusage seitens des Gemeinderats warteten die Eltern und Mitglieder des Musikschulvereins am Montagabend in der Entringer Kelter vergebens. Die Musikschule hatte zu ihrer außerordentlichen Mitgliederversammlung auch Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderats geladen. Doch die verwiesen auf eine anstehende Haushaltsklausur und die klamme Finanzlage der Gemeinde.

Zu Beginn der Versammlung gab es vor den rund 60 Anwesenden zunächst einen Wechsel im Vorstand. Ulla Malang schied aus, nachdem sie „jahrzehntelang“, wie sie sagte, das Amt bekleidet hatte. An ihrer Stelle wurde von den Mitgliedern einstimmig Kerstin Scherer gewählt. Wegen dieser Neuwahl war die Versammlung bereits Mitte des Jahres angesetzt worden, wie Vorstandmitglied Jan Verrept berichtete, doch nun war das Hauptthema „das Überleben der Musikschule“. Auf der Tagesordnung stand auch eine Entgelterhöhung für die Eltern der Musikschüler von zehn Prozent. Die zweite innerhalb weniger Monate. Schon zum April 2023 gab es eine Erhöhung um 10 Prozent. Für die anwesenden Eltern und Mitglieder war diese Steigerung zu heftig. Zumal, wie

der Vergleich mit Musikschulen aus der Umgebung, den der Vorstand und Musikschulleiter Jürgen Frey präsentierte, zeigt, dass nur die Musikschule Herrenberg noch höhere Teilnahmegebühren als Ammerbuch hat. Auch in Tübingen sind die Gebühren durchwegs niedriger.

„Zahlt Ammerbuch nichts mehr, zahlt auch das Land nichts.“

Jürgen Frey, Musikschulleiter

Knapp drei Viertel ihrer Ausgaben finanziert die Musikschule Ammerbuch über die Gebühren. Nur gut ein Viertel kommt als Zuschuss von Land und Gemeinde. Bislang bekommt die Musikschule Ammerbuch vom Land als Förderung 12,5 Prozent ihrer Mittel, doch das sei daran gekoppelt, dass auch eine Förderung durch die Gemeinde erfolge. „Zahlt Ammerbuch nichts mehr“, so Frey, „zahlt auch das Land nichts.“

Auf Nachfrage sagte Verrept, 90 Prozent der Ausgaben gingen an die Lehrkräfte. Hohe Kosten seien auch mit der Anmietung der Unterrichtsräume verbunden. Könne man sich nicht auf eine Zusage von Zuschüssen von der Gemeinde für 2024 verlassen, müsse die Musikschule zum 1. Januar 2024 in Insolvenz gehen, so der

Vorstand. Denn die Musikschule sei ein Verein, „und damit sind wir als Vorstände persönlich haftbar für Verluste“, erklärte Verrept.

Landratsamt entscheidet

Die Mitglieder appellierten an den Gemeinderat, sich ihrer Verantwortung für die Musikschule zu stellen. „Die Bildung hat Priorität, das kann man sogar im Koalitionsvertrag der Ampel nachlesen“, so einer der Anwesenden. Etliche Gemeinderäte nahmen an der Versammlung teil. „Wir wollen nicht, dass die Musikschule schließen muss“, waren die sich einig, aber die Gespräche zum neuen Haushalt würden erst am kommenden Freitag innerhalb einer Klausurtagung beginnen. Es sei unmöglich, jetzt schon Zusagen zu machen.

Der Haushalt werde erst zum Jahresbeginn 2024 vorgelegt, und dann müsse das Landratsamt Tübingen darüber entscheiden, ob er überhaupt genehmigt werde. Wenn die Kommunalaufsicht den

Haushalt nicht genehmige, seien Kürzungen unvermeidlich. Die Gemeinde sei klamm, hieß es, also sei so ein Szenario möglich.

„Dann ist es realistisch“, erklärte Susanne Keefer, die für die Gemeinde im Vorstand sitzt, „dass man gezwungen ist, freiwillige Leistungen zu streichen.“ Der Zuschuss an die Musikschule ist eine freiwillige Leistung. Auf den Vorwurf, die Gemeinde priorisiere im Bereich Bildung und Kinder falsch, hieß es von den Gemeinderäten, sie hätten in den vergangenen Jahren Großprojekte wie neue Schulen, Kindergärten oder Spielplätze gestemmt. Zudem habe die Musikschule vor der Anhebung im April zuletzt 2016 die Gebühren erhöht.

Dennoch: Die geplante Abstimmung über die erneute Entgelterhöhung rückte im Verlauf der Diskussion in weite Ferne. „Was sollen wir hier abstimmen, wenn vielleicht am 1. Januar 2024 sowieso alles dicht ist“, hieß es. „Als am Ende darüber abgestimmt wurde,

ob man über eine Erhöhung abstimmen sollte, war die Ablehnung einstimmig. Stattdessen einigten sich alle Mitglieder in einer weiteren Abstimmung darauf, das Thema ins neue Jahr zu verschieben, wenn mehr Klarheit über die Zukunft herrsche.

Vielleicht ein Puffer

Ob es aber diese Klarheit zum Jahresende gibt, ist fraglich. Denn, wie einer der Anwesenden frustriert anmerkte: „So eine Erhöhung, aber auch der Beitrag der Gemeinde, ist doch immer nur eine Verschiebung ins nächste Jahr – das Problem wird da nicht gelöst.“

Frey räumte ein, dass sich die Problematik jährlich wiederhole. „Ich muss gestehen“, sagte er, „dass wir im Verlauf des Jahres ein paar Mal schon darauf und daran waren, den Schritt in die Insolvenz zu gehen.“ Auch das Thema der Übernahme der Musikschule in die kommunale Verwaltung wurde ins Spiel gebracht.

„Ich rechne mit 90 000 Euro“, meinte Frey, als er gefragt wurde, wie hoch der Beitrag der Gemeinde sein müsse, um das kommende Jahr sorglos zu überstehen. Doch die scheinen in weiter Ferne. Keefer stellte lediglich in Aussicht, dass die Gemeinde eventuell ein paar Tausend Euro noch 2023 zur Verfügung stellen könne, die man dann 2024 einsetze. „So hat man einen Puffer bis zur endgültigen Entscheidung.“

Im Schnitt zahlen Kommunen 38 Prozent

Der Vorstand der Musikschule Ammerbuch lieferte Zahlen zur prekären Finanzsituation. So würden die Kommunen im Landesdurchschnitt 38 Prozent Zuschuss an Musikschulen leisten, in

Ammerbuch seien es gerade mal 18 Prozent.

Im Jahr 2022 habe die Gemeinde 69 000 Euro gezahlt, für 2023 habe man im Etat 114 000 Euro eingestellt. Doch bis-

lang seien erst 42 000 geflossen. Vom Land kämen als Förderung 12,5 Prozent der Mittel, doch das sei daran gekoppelt, dass auch eine Förderung durch die Gemeinde erfolge.